Numarası 5 Kuruştur
ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

	dahil için	hariç için
Aylık	Türk lirası 1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ 15.—	„ 50.—

yalnız mukabil

Pazardan başka her gün çıkar

Idarehane:
Beyoğlu, Cumhuriyet caddesi 7
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: Müdürün 44605
Yazı İşleri 44606
Posta Kutusu: İstanbul 1269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Für 1 Monat	Tpl. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint täglich außer Sonntags

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cumhuriyet caddesi 7
Drahtanschrift: Türkpost
Fernsprecher:
Geschäftsstelle: 44605
Schriftleitung: 44606
Postfach: Istanbul 1269

14. Jahrgang Nr. 114

Tageszeitung

Istanbul, Dienstag, 16. Mai 1939

Das türkisch-englische Beistandsabkommen

Von Muhittin Birgen,
Abgeordneter von Mardin.

Die türkische und die englische Regierungen sind übereingekommen, einen gegenseitigen Beistandspakt zu schließen und gaben bekannt, daß sie im Begriffe stehen, Verhandlungen einzuleiten, die die verschiedenen Bedingungen dieses Paktes bestimmen werden, und sie erhielten am gleichen Tage in der Großen Nationalversammlung und im Unterhaus die Zustimmung der Volksvertreter. Dem Ereignis kommt in der Geschichte der Beziehungen zwischen der Türkei und England eine große Bedeutung zu und das Uebereinkommen ist nicht nur hinsichtlich der Politik der Türkei, sondern auch in Bezug auf die Weltpolitik von größter Bedeutung. Es wäre deshalb nicht uninteressant, den türkischen Standpunkt über die Beweggründe, den Sinn und die Ziele dieses bedeutenden Ereignisses zu erläutern.

Wir müssen vor allen Dingen hervorheben, daß die Abschließung eines solchen Uebereinkommens zwischen der Türkei und England die Beteiligung der Türkei an der Weltpolitik auf einem bestimmten Gebiete und in einem bestimmten Verhältnis zum Ausdruck bringt. Die Türkei, die keine großen Wünsche und Ziele hinsichtlich der Weltpolitik besitzt, würde sicherlich einen solchen Pakt nicht abgeschlossen haben, wenn die Ereignisse der letzten Zeit sie nicht getrieben hätten. Gestützt auf die Freundschaften, die sie auf dem Balkan und um Anatolien zu schaffen verstand, hatte die Türkei es vorgezogen, wenigstens für eine Zeitlang den Zwistigkeiten in der Welt fern zu bleiben und mit allen Völkern der Erde gleich große Freundschaften zu pflegen und sich neutral zu verhalten, weil sie an nichts anderes dachte, als der Erhaltung des Friedens zu dienen. Die internationalen Ereignisse in den letzten Wochen haben jedoch auf diese Absichten der Türkei einen anhaltenden und starken Eindruck gemacht. Dieser Eindruck war so groß, daß die Türkei einsah, daß sie den Geschehnissen gegenüber nicht länger untätig zuschauen könnte und daß sie angesichts einer Reihe von Fragen, die sie sehr interessierten, endlich Stellung nehmen mußte. Als die Ereignisse am Mittelmeer und auf dem Balkan die Tendenz zeigten, die Kämpfe eines Tages bis vor die Tore der Türkei zu tragen, hatte es keinen Sinn mehr, auf der Politik zu beharren, die sie zu verfolgen vorgezogen hätte.

Wohnten den letzten Ereignissen Beweggründe inne, die die Türkei bedrohten und sie zwangen, eine solche Politik zu verfolgen? Je nach der Ansicht, die man vertritt, kann diese Frage verschieden beantwortet werden. Wir können offen sagen, daß hauptsächlich die Besetzung Albaniens durch Italien die letzte einer Reihe von Ereignissen war, die uns nicht nur in diesem Sinne beeinflußten, sondern auch überzeugten. Das war der Tropfen, der das Glas zum Ueberlaufen brachte. In der Tat bedrohten alle diese Ereignisse die Türkei gar nicht und vielleicht waren die Achsenmächte, die auf dem Balkan und im Mittelmeer eine überaus rührige Politik verfolgten, der Türkei gegenüber von freundschaftlichsten Absichten und Gefühlen getragen. Angesichts einer Möglichkeit, die theoretisch in beiden auseinander laufenden Richtungen gleich große Berechtigung für sich haben mag, würde jeder andere Staat an Stelle der Türkei genau so gehandelt, d. h. die Sicherheitsmaßnahmen ergriffen haben, die er für notwendig erachtete. Was die Türkei tut, ist auch nichts anderes als die Ergreifung dieser Maßnahmen.

Die Stellungnahme der Türkei seit dem Anschluß ist bekannt: Die türkische Oeffentlichkeit erkannte nicht nur die Lebensrechte und -Bedingungen Deutschlands, sondern auch seine historischen Ansprüche an und trat auch stets dafür ein. Ich persönlich habe nicht gezögert, unentwegt auf die Berechtigung dieser Ansprüche zu weisen und wurde dabei zum Dolmetscher der Oeffentlichkeit der Türkei, die sich auch nicht scheute, diese berechtigten Ansprüche zu verteidigen.

Seit einem Jahr harrte jedoch die Türkei in der Hoffnung, daß die Politik der Achse gegen diese offene und herzliche Anerkennung ihres Lebensrechts auch ihrerseits das Recht des Türkentums auf Sicherheit in gleich aufrichtiger Form zugeben und respektieren würde. Die Ereignisse haben aber diese Hoffnungen der Türkei nicht sehr bekräftigt und bestätigt. Deshalb sah sich die Türkei genötigt, ihre Entscheidung zu treffen. Genau wie das Lebensrecht eines Volkes ist auch das Sicherheitsrecht des anderen Volks zu achten. Die Freundschaften und der Frieden zwischen den Völkern hängt ausschließlich vom Gleichgewicht zwischen diesen beiden Rechten ab. Es ist natürlich, daß jeder für sich geeignete Maßnahmen ergreift, sobald dieses Gleichgewicht gestört ist. Deshalb braucht keiner dem anderen böse zu werden.

Es wäre nicht unnütz, hinsichtlich des Sicherheitsraumes einiges zu sagen: Die Türkei erblickt ihren Sicherheitsraum auf dem Balkan. Die Sicherheit der Türkei erfordert es, daß der Balkan, der sich aus Ländern mit einer Reihe von kleineren, in sich noch nicht gelösten Fragen zusammensetzt, nicht unter den bestimmenden Einfluß der Politik irgend einer Großmacht gerät. Nach unserer Ansicht muß der Balkan

1. den Balkan-Ländern gehören,
2. nach Möglichkeit außerhalb der großen Weltkämpfe bleiben und
3. darf auf dem Balkan nicht die alte Entente-Politik eine aktive Rolle spielen und zu einem Machtfaktor werden, der der Türkei ihre natürlichen Wirtschaftsbeziehungen zuschnürt, und darf auch die neue Politik der Achse nicht sich auf dem Balkan niederlassen, um darauf Entscheidungskämpfe auszutragen. Die Türken waren sehr dafür, daß der Balkan unter diesen Bedingungen im Frieden, neutral und in korrekter und ersprießlicher Wirtschaftspolitik mit der Achse stand. Hinsichtlich dieser Wirtschaftspolitik ist auch dieser Punkt von Bedeutung: In wirtschaftlichen Belangen wünscht die Türkei insbesondere mit Deutschland gute und freundschaftliche Mitarbeit und gibt zu, daß der Balkan für Deutschland wirtschaftlich zu einem Lebensraum wird. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Deutschland die Balkanstaaten nicht als einen Teil von sich, sondern als einen Partner betrachtet. Wir stellten unter den letzten Zwischenfällen leider Handlungen fest, die diese Grundsätze außer Acht ließen und vor allen Dingen die Ereignisse in Albanien stimmten uns äußerst nachdenklich.

Das Ziel des Abkommens, das wir mit England abgeschlossen haben, ist Frieden und Freundschaft, was wir besonders unterstreichen möchten: Nochmals Freundschaft und Frieden! Wir möchten nicht glauben, daß auch die Achse uns gegenüber andere als freundschaftliche und friedliche Absichten hegt. Dennoch gibt es hierbei einen Unterschied der Schattierung: Wir wünschen nicht, daß Freundschaften zu einem „Geschenk" werden, das, nur von einer Seite gemacht wird. Wir wollen, daß sie ein gegenseitiges Gefühl und eine gegenseitige Politik, ein „Geben und Nehmen" darstellen. In der Tat beschränken sich unsere Freunde in der letzten Zeit lediglich auf die Versicherung ihrer Freundschaft mit bloßen Worten und fragten uns gar nicht mal, ob wir irgendwelche Bedingungen hätten, damit auch unsere Freundschaft „genommen" werden kann. Wird die Freundschaft insbesondere in der Politik, nur von der einen Seite geschenkt, dann hat sie gar keinen Wert.

Als die Achse auf dem Balkan an diese eigene Sicherheit dachte, sah sie sich nicht veranlaßt, auch an die Sicherheit der Türkei zu denken. Hätte aber die Achse die eigene Sicherheit im Gleichklang mit der Sicherheit der Türkei geprüft und in diesem Sinne auch die Möglichkeiten hierzu gegeben. Für die Sicherheit der Achse würde genügen, die Balkan-Länder als tatsächliche Besitzer des Balkans zu betrachten. Das würde die Türkei sehr wohl bewerkstelligen können.

Wir möchten bei dieser Betrachtung nochmals hervorheben, daß das einzige Ziel des neuen Abkommens die Sicherheit der Türkei und der Frieden ist. Wir wollen dadurch zuerst dem Balkan dienen und dann auch unsere Freundschaft mit Deutschland nur in Gestalt einer beiderseitigen Freundschaft bestätigen. Es würde uns freuen, wenn die Ueberzeugung auch bei der Gegenpartei entstünde, weil die vorliegende Frage leicht zu behandeln ist und nach unserer Ansicht dieses Abkommen geeignet erscheint, der Angelegenheit eine normale Entwicklung zu geben.

Moskaus Antwort an England übergeben

Nach dem Abkommen Ankara-London

London, 15. Mai (A.A.)

Nach dem Abschluß des englisch-türkischen Abkommens erwartet die Londoner Sonntagspresse mit Unruhe die Antwort Moskaus auf die letzten britischen Vorschläge. Die Zeitungen hofften, daß Moskau ohne Verzug antworten werde, aber sie fragen sich jetzt, ob Moskau auf einem Militärpakt bestehen bleiben werde.

Die „Sunday Times" schreibt u. a.:

„Jeder Sowjet-Vorschlag wird in London eine günstige Aufnahme finden, sofern es sich nicht um ein Militärbündnis handelt, was Portugal und Polen verdrießen würde."

Der „Observer" erklärt:

„Die Antwort der Sowjets wird uns zeigen, ob Moskau hartnäckig einen Kompromiß in der fundamentalen Frage ablehnt. Wenn die Sowjetregierung eine günstige Antwort gibt, und wenn die Einzelheiten des englisch-türkischen Abkommens geregelt sein werden, könnte man auf den Beitritt Bulgariens, Finnlands, der skandinavischen und der baltischen Staaten zum Friedenspakt rechnen."

Italien und der status quo

Rom, 15. Mai (A.A.)

In den politischen Kreisen Italiens vertritt man die Auffassung, daß das englisch-türkische Abkommen in erster Linie gegen Italien gerichtet ist, und daß dieses Abkommen mit einem der Grundsätze des englisch-italienischen Abkommens, und zwar vor allem mit der Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer, unvereinbar ist.

Mit Befriedigung wird auch vermerkt, daß das englisch-türkische Abkommen in Jugoslawien den Eindruck hervorgerufen hat, daß es auch mit den Grundsätzen des Balkanbundes unvereinbar ist. Wenn England also glaube, in Jugoslawien Eindruck gemacht zu haben, so habe es genau das Gegenteil erreicht.

Ungarn bezweifelt den Erfolg

Budapest, 15. Mai (A.A.)

Der halbamtliche „Pester Lloyd" bemerkt, daß das englisch-türkische Abkommen tatsächlich den Charakter habe, den die Achsenmächte in ihm sehen, d. h. es sei ein Versuch der Einkreisung. Die Zeitung ist daher der Meinung, daß dieses Abkommen weit entfernt davon sei, zur Sicherheit und zum europäischen Frieden beizutragen.

Einigung in Moskau?

Moskau, 15. Mai (A.A.)

Man nimmt allgemein an, daß hinsichtlich des Abschlusses eines englisch-russischen Paktes bei der letzten Unterredung Molotoffs mit dem britischen Botschafter Seeds eine Uebereinstimmung erzielt worden ist.

Die Besprechung, so erklären die unterrichteten Kreise, sei „freundschaftlich und ermutigend" gewesen.

*

London, 15. Mai (A.A. n. Reuter)

Die sowjetrussische Antwort auf die britischen Gegenvorschläge ist gestern an den britischen Botschafter in Moskau Seeds übergeben worden.

Frankreichs Friedensanleihe

Paris, 15. Mai (A.A.)

Die heute früh zur Zeichnung aufgelegte „Friedensanleihe" von 6 Milliarden Franken war um die Mittagszeit bereits vollkommen gezeichnet.

*

Paris, 15. Mai (A.A.)

Das französische Finanzministerium und das Außenministerium teilen mit, entgegen bestimmten Meldungen ist es vollkommen unrichtig, daß gegenwärtig es sich um eine spanische Anleihe auf dem französischen Markt handelt und daß eine Sitzung von französischen und ausländischen Bankiers in dieser Angelegenheit am Quai d'Orsay stattgefunden habe.

Popolo di Roma: „Die Stellungen sind endgültig festgelegt"

Nachklänge zur Turiner Rede

Rom, 15. Mai (A.A.)

„Popolo di Roma" äußert sich zu der Rede des Duces in Turin, wobei er u. a. erklärt:

Die Stellungen sind endgültig festgelegt. Wenn jetzt also Krieg entstehen wird, dann sind die großen Demokratien dafür verantwortlich. Die Lage in Europa hat sich durch die Probleme von Danzig, der deutschen Kolonien, von Tunis, Dschibuti oder Suez nicht verschlimmert, sondern ausschließlich durch die Versuche, einen neuen deutschfeindlichen und italienfeindlichen Block zu bilden, um das zusammengebrochene System von Versailles zu ersetzen. Der Duce hat jetzt klar den Friedenswillen gezeigt. Nicht die Achse, sondern London und Paris entscheiden darüber, ob es Krieg oder Frieden gibt.

Der „Messagero" erklärt:

Italien ist gegen jede Möglichkeit gewappnet. Es fürchtet nichts mehr. Die Politik der Einkreisung der Demokratien bezeugt, daß sie einen Krieg hervorrufen wollen. Um die Politik der Einkreisung zu verlassen, gibt es noch ausgezeichnete Möglichkeiten der Verständigung. Die Revision der europäischen und außereuropäischen Fragen hat begonnen. Diese Fragen werden ihre Lösung finden, entweder durch einen Frieden oder durch den Krieg.

Der Friedenswunsch des Duce

Turin, 15. Mai (A.A.)

Vor 50.000 Arbeitern sprach Mussolini anläßlich der Einweihung neuer Industriewerke.

Hierbei sagte er u. a.:

„Gestern habe ich mit größter Offenheit vor der Turiner Bevölkerung über die internationale Lage gesprochen, wobei das ganze italienische Volk und ein Teil der anderen Welt zuhörten.

Ich habe in der genauesten Form unseren Friedenswunsch aufs neue bekräftigt, aber ich sage auch, daß gewisse Probleme gelöst werden müssen, bevor ihr chronischer

Schweiz fühlt Entspannung

Bern, 15. Mai (A.A.)

Die halbamtliche Zeitung „Bund" sieht in der Rede Mussolinis in Turin einen Faktor der Entspannung und der Rechtfertigung von zahlreichen Stimmen, die von einem starken Anwachsen der Friedensströmungen in dem italienischen Volk sprechen.

„Mussolini hat diesen Dingen in einem gewissen Maß Rechnung getragen", so bemerkt das genannte Blatt, „was aber nicht von den offenen und aufrichtigen Demokratien als ein Zeichen der Schwäche, sondern als Ausdruck eines männlichen und mutigen Abwägens ausgelegt werden dürfe."

Zustimmung der deutschen Presse

Berlin, 15. Mai (A.A.)

Außer dem Besuch des Führers in dem befestigten Gebiet des Westens wird vor allem die gestrige Rede Mussolinis von der Morgenpresse kommentiert. In diesen Kommentaren über die Rede des Duce wird von den Blättern auf die unteilbare Einheit des deutsch-italienischen Blocks hingewiesen.

Der „Völkische Beobachter" schreibt:

„Man konnte in diesen Tagen in London und Paris Reden unter dem Druck der oppositionellen und demagogischen Meinungen hören. Im Gegensatz dazu sind die Reden der großen Volksführer in Deutschland und Italien das Echo des Willens geeinter Nationen. Diese Reden sind nicht dazu bestimmt, mühevoll eine Majorität für eine Eintagspolitik zu erreichen, sondern sie bringen die Meinungen und die Wünsche der Völker zum Ausdruck. Die Gefühle, die Hunderttausende von Menschen in Turin zum Ausdruck gebracht haben, die dem Duce ihre volle Hingebung bekundet haben, sind auch die Gefühle aller Italiener und des ganzen deutschen Volkes. Die Rede des Duce, die vom deutschen Volk lebhaft gebilligt wird, betont die harte Wirklichkeit der Stunde ebenso wie das Ziel der deutsch-italienischen Zusammenarbeit. Mussolini hat die unbestreitbare Wahrheit ausgesprochen, daß keines der nicht gelösten Probleme den Grund für einen Weltkrieg darstelle. Aber wir sehen auf der anderen Seite die Bemühungen der Plutokratien mit demokratischen Zügen einer gerechten und vernünftigen Lösung entgegenarbeiten, weil sie einen Weltkrieg anläßlich aller lokalen Differenzen entfesseln wollen. Die Achsenmächte, ein geschlossener Block von 150 Millionen, begegnen dieser verbrecherischen Drohung mit dem festen Willen, überall und immer gemeinsam zu handeln und mit jeder Möglichkeit zu rechnen. Nichts kann besser dem Frieden in Europa dienen, der nur fruchtbar sein kann, wenn er gleichzeitig gerecht ist."

Der „Montag" schreibt:

„Mussolini hat die Einheit der politischen Ziele der Gegner der totalitären Staaten festgestellt. Die Demokratien mögen nicht vergessen, daß das deutsche und das italienische Volk eine von Mussolini hervorgehobene Tatsache klar erkennen: Die gegenwärtige Politik der Demokratien ist bereits der Krieg ohne Verwendung militärischer Mittel. Seit langem wird man aber in London und Paris erkannt haben, daß gegen diese Einkreisungsmethode ein Widerstand vorhanden ist, und zwar nicht nur in den totalitären Staaten, sondern auch unter vielen Völkern, die England und Frankreich in ihre Kombinationen einbeziehen wollen. Deutschland und Italien beruhen auf ihrem Recht, auf der Offenheit ihrer Friedenspolitik und auf ihrer militärischen Kraft."

*

Berlin, 15. Mai (A.A.)

„Eine Rede von geschichtlicher Bedeutung im richtigen Augenblick", so heißt der Titel in der „Montagspost" zur Rede Mussolinis.

Das genannte Blatt wirft Frankreich auch vor, es mache sich zum Komplizen der Einkreisungspolitik Englands, und fährt dann mit einem Hinweis auf den Friedenswillen der totalitären Staaten folgendermaßen fort:

„Deshalb hat Mussolini seine Rede an der französischen Grenze gehalten, mit der er von neuem die Lebensrechte Italiens als eine Forderung aufgestellt hat."

Andererseits beschuldigt das genannte Blatt Chamberlain und Daladier, daß sie in ihren Reden Weltherrschaftspläne hätten durchblikken lassen. In der Einkreisungspolitik Englands sieht das Blatt einen gleichen Vorgang wie in der Blockadepolitik gegen Deutschland, die England 1914 durchführte.

Der Norden bleibt außerhalb

Kopenhagen, 15. Mai (A.A.)

Der dänische Außenminister Munch erklärte gestern in einer Rede in Odensee, er sei der Meinung, daß im Falle eines neuen großen Krieges Dänemark und die anderen nordischen Staaten sich außerhalb des Konfliktes werden halten können.

„Diese Hoffnung", so sagte Munch, „rührt von der unparteiischen Neutralität her, die Dänemark und die anderen nordischen Länder beachten. Diese Politik ist jetzt auch durch die Erklärungen der Außenminister in Stockholm bestätigt worden.

Flieger-Gedenktag

Eindrucksvolle Feiern in Istanbul und Ankara

Der 15. Mai, der dem Gedenken der im Dienste für ihr Vaterland gefallenen Flieger geweiht ist, wurde auch in diesem Jahre sehr eindrucksvoll begangen.

Bei dem Fliegerehrenmal in Fatih versammelten sich gestern die Spitzen der militärischen und zivilen Behörden, Truppenabteilungen und Polizeiformationen waren aufmarschiert, und eine zahlreiche Menschenmenge füllte den Platz.

Um 14 Uhr begannen die Sirenen der im Hafen liegenden Schiffe und der Fabriken zu heulen, die Salutbatterien von Selimiye und bei der Taksim-Kaserne gaben Salven ab, während beim Fliegerehrenmal die Fahnen auf Halbmast gingen. Mit einer Minuten stillen Gedenkens ehrten die Angehörigen der Wehrmacht und die Bevölkerung das Andenken der toten Lufthelden.

Ein Offizier der Luftwaffe und Mitglieder der städtischen Behörden hielten dem Sinne des Tages geweihte Ansprachen. Dann spielten die Musikkapellen einen Trauermarsch, und mit einer Ehrensalve über das Fliegerdenkmal hinweg und einem großen Vorbeimarsch der ausgerückten Formationen fand die Feier ihren Abschluß.

*

Auch in Ankara wurde in ähnlicher Weise der im Dienste für ihr Vaterland zu Tode gekommenen Flieger gedacht. Die Zeremonie spielte sich auf dem Ulus-Platz um 11 Uhr vormittags ab. Fliegerhauptmann Fuad, ein Vertreter des Unterstaatssekretariats der Luftwaffe, Abgeordnete der Volkspartei, Vertreter der Jugend und des Flugzeugverbandes hielten Ansprachen. So wie in Istanbul am Fliegerehrenmal wurden auch in Ankara zahlreiche Kränze am Atatürk-Denkmal niedergelegt.

Rücktritt der syrischen Regierung

Beirut, 14. Mai (A.A.)

Der syrische Ministerpräsident Bukari teilte dem Staatspräsidenten seine Absicht mit, ihm den Rücktritt der Regierung zu erklären, da er der Auffassung sei, daß die kürzlichen Erklärungen des französischen Oberkommissars Puaux über die französische Politik in Syrien nicht dem Programm der syrischen Regierung entsprechen.

Der Staatspräsident bat den Ministerpräsidenten, bis zur Ankunft des französischen Oberkommissars in Damaskus im Amt zu bleiben, und man erwarte auch gewisse Entscheidungen von seiten des Vertreters der Mandatsmacht.

Puaux hat erklärt, die französische Regierung bleibe ihrer Zusicherung, das befreundete und verbündete Syrien zur Unabhängigkeit zu führen, treu, aber er habe auch auf die Notwendigkeit einer Anwesenheit der französischen Streitkräfte zur Sicherung des Landes hingewiesen.

*

Damaskus, 16. Mai

Nach zweistündiger Aussprache mit dem französischen Oberkommissar hat gestern das syrische Kabinett seinen Rücktritt erklärt.

Die Demission wird mit der neuen Haltung Frankreichs begründet, die aus der Rundfunkansprache des Oberkommissars zu ersehen war. Puaux hatte nämlich darin zugegeben, daß Frankreich den Vertrag von 1936 nicht mehr durchführen wolle.

—o—

Die Inspizierung der Westbefestigungen durch den Führer

Trier, 16. Mai

Der Führer besichtigte gestern am zweiten Tage seiner Inspektionsreise den Raum der Eifel und des Moseltales der Westbefestigungen, die er einer genauen Prüfung unterzog. Die Bevölkerung brachte ihm überall begeisterte Huldigungen dar.

In einer kurzen Ansprache umriß der Führer den Unterschied zwischen gestern und heute.

Bevor er nach Trier zurückkehrte, fand eine Gefechtsübung statt, die deutlich bewies, daß hier ein Durchbruchsversuch zum Scheitern verurteilt ist. Unter der Annahme einer vorausgegangenen dreitägigen schwersten Beschießung ging die rote Partei zum Angriff vor, der jedoch im Sperrfeuer der Abwehrbatterien zusammenbrach.

Die Reichs- und Gauleiter, die vom Oberbefehlshaber des Heeres zu einer Besichtigung der Westbefestigung eingeladen worden waren, wurden gestern von Generaloberst von Brauchitsch begrüßt.

Ein Zwischenfall Sofia-Bukarest

Sofia, 14. Mai (A.A.)

Die Bulgarische Nachrichtenagentur meldet:

Am 9. Mai wurden 22 bulgarische Einwohner des Dorfes Benitza in der rumänischen Dobrudscha abgeschlachtet. Verschiedene Telegramme von Bukarester Nachrichtenagenturen versuchen, die Opfer dieses Massakers als Komitadschis hinzustellen, die aus Bulgarien gekommen seien, um Spionage zu treiben oder Anschläge auf Personen und auf das Eigentum von angesehenen Persönlichkeiten in der Dobrudscha zu verüben.

In Wahrheit verhält es sich ganz anders. Während der letzten Mobilmachung in Rumänien waren 60 Bulgaren der genannten Ortschaft Benitza im Bezirk Tutracan desertiert und hatten sich auf bulgarisches Gebiet geflüchtet. Darauf wurden die Frauen, Schwestern und Töchter der Flüchtlinge zur Gendarmerie geschleppt und dort in schmählicher Weise vergewaltigt. Am 15. April begaben sich 100 Soldaten der Garnison von Tutracan in das Dorf Benitza und verübten dieselben Ausschreitungen. Ebenso plünderten sie.

Am 7. Mai wurde im Wald von Indschekköy der Bulgare Nikolas Tscholakoff durch rumänische Gendarmen mit 9 Schüssen getötet.

Am 9. Mai wurden nach einer vorbereiteten Liste 25 Bulgaren, alles Einwohner von Benitza, festgenommen. Sie wurden gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, ohne daß ihnen gestattet wurde, von dem Inhalt der Erklärung Kenntnis zu nehmen, worauf sie in einem Keller eingekerkert wurden, der mit Wasser bis zur Kniehöhe angefüllt war, und wo sie die Nacht verbringen mußten.

Am 10. Mai um 3 Uhr morgens wurden die 25 Bulgaren mit gefesselten Händen in Begleitung einer starken Eskorte von Gendarmen mit zwei leichten Maschinengewehren nach Sinistria im Bezirk Dorostor geführt. Anderthalb Kilometer von dem Dorfe entfernt. In dem Wald von Indschekköy. sonderte sich ein Gendarm von der Eskorte ab, verschwand in dem Dickicht des Waldes und gab einen Schuß ab. Das war das schauderhafte Signal zu der Ermordung. Die Maschinengewehre traten in Tätigkeit, und 22 von den 25 Häftlingen wurden getötet. Die Verwundeten wurden mit Bajonettstichen vollends umgebracht. Nur dreien gelang es zu entkommen, die sich in dem Wald verbargen, und denen es gelang, nach zwei Nächten des Schreckens verwundet und erschöpft nach Bulgarien zu entkommen. Ihre Schilderungen riefen in der Grenzbevölkerung Abscheu und Entsetzen hervor, und die öffentliche Meinung Bulgariens ist tief bewegt und gereizt.

*

Bukarest, 15. Mai (A.A.)

Die halbamtliche Agentur Rador bezeichnet die Mitteilungen aus bulgarischer Quelle, nach denen sich in der Dobrudscha in einem von einer bulgarischen Minderheit bewohnten Dorf Ausschreitungen ereignet haben, als ungenau und tendenziös. Die Agentur Rador gibt von diesen Vorgängen folgende Darstellung:

Der Ingenieur Zamfirescu, der Leiter einer Flugzeugfabrik, wurde in Begleitung von 11 Personen von 20 Banditen angegriffen, als er sich in der vergangenen Woche in sein Besitztum in der Dobrudscha begab. Die Banditen wurden von der Gendarmerie verhaftet und legten ein volles Geständnis ab. Die Mehrzahl waren Bulgaren, auch einige Rumänen waren darunter. Die Banditen wurden dann nach der Kreisstadt gebracht, um den Gerichtsbehörden übergeben zu werden. Auf dem Wege dahin leisteten sie jedoch Widerstand. Daraufhin machten die Gendarmen von ihren Waffen Gebrauch und töteten mehrere Banditen, darunter auch einen Rumänen. Den anderen gelang es zu entfliehen. Nach der Untersuchung des Gerichtes haben die Gendarmen in Notwehr gehandelt.

Die Agentur betont ferner, daß die bulgarischen Vertreter innerhalb der Front der Nationalen Widergeburt dem Ministerpräsidenten Armand Calinescu eine Denkschrift überreicht haben, worin sie ihre Volksgenossen ablehnen, die sich dem Banditentum hingeben. Gleichzeitig bieten sie ihre Mitarbeit an, um diesem Banditentum ein Ende zu machen.

Calinescu hat entschieden, daß der Unterstaatssekretär im Innenministerium eine Inspektionsreise in die Ortschaften mit bulgarischer Bevölkerung unternimmt, um die Stimmung der Bevölkerung festzustellen und evtl. geeignete Maßnahmen zu treffen.